

Herrn
Hubertus Josef Zdebel, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vechta, 11.06.2015

Betreff: Fracking Gesetzentwurf

Sehr geehrter Herr Zdebel,

unsere Firma ist ein Dienstleistungsunternehmen der Erdöl und Erdgas Industrie.

Durch die bisherigen Diskussionen der letzten 4 Jahre über die Fracking Technologie und die Verschleppung politischer Entscheidungen, wurde die Wirtschaftskraft unseres Unternehmens bereits stark reduziert.

Dies resultiert bereits jetzt in:

- Entlassung von qualifizierten Mitarbeitern – innerhalb von 3 Jahren von ungefähr 200 auf 75 bis Mitte dieses Jahres.
- Unwiderruflicher Verlust von hochspezifischem Fachwissen – für unser Unternehmen und den deutschen Industriezweig.
- Auslagerung von notwendigen Arbeitsmaschinen – in erster Linie in das osteuropäische Ausland.

Sollte die Diskussion noch weiter anhalten und nicht baldmöglichst zu einem praktikablen Ergebnis führen, befürchten wir, dass unser Standort Vechta komplett geschlossen wird und somit auch die verbliebenen 75 Mitarbeiter freigesetzt werden. Des Weiteren ist nicht nur unser Unternehmen hiervon betroffen, sondern der gesamte Industriezweig. Dies bedeutet die Gefährdung von ungefähr 20.000 Arbeitsplätzen.

Der Wegfall dieses Sektors mündet mit großer Wahrscheinlichkeit in:

- Gefährdung der Umwelt durch den Mangel an Experten für die fachgerechte Stilllegung der existierenden Bohrungen, wie die daraus entstehende
- Gefährdung der Allgemeinheit.

Wir sehen die entstehende Abhängigkeit von politisch instabilen Zulieferungsländer als sehr besorgniserregend. Die regionale Erdöl- und Erdgasförderung, sowie auch deren Lagerung, ist ein wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Flexibilität Deutschlands und darf nicht offenen Auges gefährdet oder bewusst unterdrückt werden. Somit muss aus unserer Sicht die Souveränität dem Wirtschaftsstandort Deutschland gelten.

Beruhend auf der Tatsache, dass die Fracking Technologie in Deutschland bereits seit Jahrzehnten erfolgreich betrieben wird, fordern wir eine Rückkehr zu fachlichen Entscheidungen und das Weglassen von emotionalen Diskussionen.

Ihnen liegt ein Gesetzesentwurf der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie IGBCE vor. Wir fordern Sie auf, diesen in ein arbeitsfähiges Gesetz zu wandeln.

Mit freundlichen Grüßen und Glück Auf!



Heike Gerdes
BR-Vorsitzende



Jörn Borchardt
Geschäftsführer